

reist
ad. Josten,
strasse 18.
Südende
n-terrie.
neuerung der Hofe
asse 13. (238.)
auf 618 zum 2.
ends 6 Uhr, ev
Foller.
terrie-Ginnehmer.
id. Damenjackett
me bill. 3. vert.
Schillerstr. 27.
nder.
Dienststag nachm.
liches Frau Dep.
Mittwoch morgen
fönligen.
ag. 3/4 Uhr,
strua,
Neuß hiermit
wieder ständig
wannstr. 15,
ausführung,
Industrie-Neu-
Neuss.
innt
4. April.
finden am
Anmeldungen
scheine sowie
besuchten
den von dem
u jeder Zeit
en zwischen
einem Amts-
aldirektor.
Eltern
ren rühmt. bek.
desruhe
am Rhein. 8
am Ort.
66.
das
Oberstr. 126,
geehrten Be-
gend bestens
und dunkel.
rügge.
orger!
gen und um-
daß ich von jeht
auf Wahl
t, Bültigen,
eine
weine
verkaufen
merfr. 23.
vrenbroich,
6.
pferde
in Preise
n. Bonnstr. 20.
en schnellste Be-
vagen.
ohnung
Diebe, die uns in
2 Schweine
se gerichtlich be-
bender,
ernagen.
1. 1/2 Schlät. Bett
ratte zu verkaufen,
Kanon Kengad,
Marientstr. 43.
Welt u. schwa
verkaufen.
Immanus,
therstr. 41.
schwarze
dmappe
1000 M. u. Ver
eis verloren. Sch
aber wird geboten
a. 1. 1/2 Schlät.
n. 2. 12

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstagsheft Nr. 65

Samstagsheft Nr. 65

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint (Mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage) die Beilage des St. Quirinsblattes. — Preis für den Monat in Neuß durch Boten ins Haus gebracht M. 1.25 und auswärts an der Post abgeholt. Die wöchentlich einmal erscheinende Illustrierte Haupt- und Beilage „Neuß-Bilder“ wird den Bezählern gegen einen Nachschlag von 15 Pfg. für den Monat beigegeben.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigsten Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neu eingeleitete Zeile oder deren Raum 35 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 40 Pfg., für die vierspaltige Reklamezeile M. 1.20. Anzeigen erbeten an die Geschäftsstelle bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Geschäftsstelle: Neuß, Mederstraße 46.

Verlags- und Druckerei, Neuß.

(Autorisé par la Censure.)

Postfach-Nr. 384 41800.

Nr. 103.

Redaktion: Jos. Grünau.

Dienstag, 1. April 1919. (Sugo.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

46. Jahrgang.

Presb. Landesversammlung.

14. Sitzung.

Berlin, 29. März.

Das Haus setzt die Besprechung der Anträge auf Regelung der Landwirtschaft zur Verbesserung der Volksernährung.

Reichsernährungsminister Schmidt: Die vorliegenden zehn Anträge geben mir Gelegenheit, über einige grundsätzliche Fragen meine Stellung dem Hause darzulegen. Was die innere Kolonisation betrifft, so hat gerade die Partei des Antragstellers Grafen Rantz unter dem alten Regime sich große Unterlassungssünden zuschulden kommen lassen. Die außerordentliche Schwierigkeit der Beschaffung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft ist uns sehr wohl bekannt, und zumal der Osten des Landes macht uns in dieser Beziehung große Sorge. Einen Zwang auf die städtische Arbeiterbevölkerung auszuüben, diese wider ihren Willen zur Landarbeit heranzuziehen, begegnet den größten Bedenken. Zagegen hat die Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen unternommen, um den Anreiz für die Arbeiterklasse, aufs Land zu ziehen, zu steigern. Dazu gehört die freie Eisenbahnfahrt, die Entschädigung für die Familien und eine Reihe ähnlicher Vergünstigungen, ferner die Gleichstellung der ländlichen und der Industrie-Arbeiter im Punkte der Sozialversicherung, endlich die Bemühungen, auch die Wohnverhältnisse auf eine befriedigende Grundlage zu stellen. Unter diesen neuen Verhältnissen stehen sich vielfach die Landarbeiter besser als mancher städtische Arbeiter. Die Beschaffung künstlicher Düngemittel ist leider durch die Rohstoffpreise außerordentlich erschwert worden. Wir hätten in diesem Jahre alle Ansprüche der Landwirtschaft erfüllen können und die Produktion so stark herabgedrückt worden wäre. Die Produktion von Lebensmitteln wird hauptsächlich in den besetzten Gebieten betrieben und unsere Bemühungen, mit dem Verbands ein Abkommen zu treffen, da wir den Absatz hierher gestärkt, sind bisher erfolglos geblieben.

Auch die Kaliproduktion ist heute durch die mangelhafte Rohstoffversorgung sehr eingeschränkt, wie denn jede Behinderung der Rohstoffversorgung sofort ganze Industrien lahmlegen könnte. In letzter Zeit hat sich ja die Rohstoffversorgung verbessert, und es wird möglich sein, den Wünschen der Landwirtschaft mehr entgegenzukommen. Auch wir haben alles Interesse, die Landwirtschaft bei der Abgabe von Pferden aus den Heeresbeständen besonders zu berücksichtigen, aber es sind auch hier, wie überhaupt bei der Veräußerung der Bestände des Heeresgutes, zeitweise ganz unerträgliche Zustände eingetreten. Speziell haben die Funktionen der Pferdepreise auf eine schwindende Höhe getrieben. Wenn gefordert wird, die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein richtiges Verhältnis zu den Produktionskosten zu setzen, so kann ich hier keine Zusagen machen, wenn darunter eine große Erhöhung der gegenwärtigen Preise verstanden wird. Andererseits ist auch ein Einwirken auf eine Herabsetzung der Preise absolut nicht zu denken. Der Abbau der Zwangsverwaltung können wir zurzeit noch nicht ins Auge fassen. Ich kann auch vorläufig noch nicht die Karosfellen und die Milch freigeben. Namentlich bei der Milch würde der freie Wettbewerb einen ganz unheilvollen Zustand erzeugen. Beim Gemüse ist besonders die Konfervenindustrie eine Zeit langamer Überleistung bis zur Freigabe erforderlich. Ob Getreide und Stroh freigegeben werden können, habe ich auch erwogen, weil hier ebenfalls ein schmerzhafter Schleichhandel betrieben wird. Aber die Bedenken, die hier namentlich aus Süddeutschland vorgebracht werden, machen die sofortige Aufhebung unzulässig. Die Zwangswirtschaft für Getreide ist aufgehoben, da der Kontrollapparat so umfangreich und kostspielig war, daß er zu dem Erfolg in einem sehr schlechten Verhältnis stand. Ich bin einem Wunsch des Kleinbäuerlichen Beirates nachgekommen. Andererseits hoffe ich nun aber, daß auch der Landwirt einsehen wird, daß das, was wir von ihm fordern, im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Versorgung der städtischen Bevölkerung absolut notwendig ist. Leider befaßt ein Teil der kleinen Landwirte jede Verordnungsmaßnahme mit außerordentlichem Widerstand. Einzelne Gemeinden haben es völlig abgelehnt, auch nur einen Tropfen Milch oder ein Pfund Butter abzuliefern. Sie haben alles in den Schleichhandel gegeben. Einen solch unheilvollen Zustand werden wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen, sondern jetzt hier mit den entschlossensten Zwangsmaßnahmen einschreiten. Nichts ist wichtiger und gemeinsamer als diese tödliche Ablehnung jeder der bäuerlichen Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit auferlegten Verpflichtungen.

Genauso bedauerlich und gemeinsamer ist es aber auch, wenn Soldaten truppweise aufs Land hinausgehen, um dort zu räubern und zu plündern. Das ist nicht nur politisch, sondern auch volkswirtschaftlich ein großer Schaden, denn unter diesem Eindruck eines Schreckensregiments verliert der Landwirt schließlich auch jeden Eifer und jede Lust am Anbau. Die Landwirte müssen auch folgendes bedenken: Wir haben die Karosfellation für die städtische Bevölkerung auf fünf Pfund, die Fleischration auf 200 Gramm beschränken müssen. Die Versorgung mit Rohmitteln ist sehr bescheiden, und was wir den Städten sonst noch liefern, ist gänzlich unbedeutend. Demgegenüber steht die Landbevölkerung in der Versorgung weit besser da, während sich aus dieser mangelhaften Versorgung in den Städten die andauernde Unruhe der Bevölkerung ergibt. Von der Zulassung des freien Handels kann namentlich beim Vieh absolut nicht die Rede sein. Nicht nur die Landwirte, sondern auch der Handel haben die Viehpreise maßlos und unendlich in die Höhe getrieben. Das Saatgut wird hoffentlich sichergestellt werden können. Leider steht es in diesem Punkte mit der Karosfellation sehr schlecht aus. Es gibt nichts, heute Postungen zu erwerben, die nachher nicht erfüllt werden können. Die städtische Bevölkerung wird vielleicht auf Wochen hinaus ohne jede Karosfelle bleiben und ein Ersatz wird höchstens durch die Einfuhr von Lebensmitteln zu beschaffen sein. Der Ersatz durch Vorräte ist ohne Verwendung von Fleisch und Fett außerordentlich ungenügend. Auch für die Karosfelle hat sich der freie Handel nicht bewährt. Wir können sie aus der Zwangswirtschaft nicht herauslassen. Die eingeführten Lebensmittel sollen zu dauernden besonderen Zuwendungen für die Bevölkerung der Großstädte verwendet werden. Zunächst kommt hierfür Weizen in Betracht, dessen Preis allerdings enorm hoch ist. Es soll nur der Höchstpreis nicht erhöht werden, dagegen besonders Weizen zu teurem Preis zur Verfügung gestellt werden. Die Einfuhrmengen, die in Rotterdam liegen, set und Export, sollen zunächst dem Nahrungsgebiet zugute kommen, dann Berlin und dem Industriegebiet in Schlesien und Sachsen. Sehr bedauerlich ist der neue Streik im Ruhrgebiet. Durch den Streik erhalten die Arbeiter nicht mehr Lebensmittel, sondern weniger. Denn wir können die Lebensmittel nur mit Rohstoffen bezahlen. Unser Geld will das Ausland nicht. Außerdem ist es schon durch das Brüsseler Abkommen unmöglich, das, solange getreift wird, Lebensmittel in das Streikgebiet kommen. Die Arbeiter, die streiken, nehmen sich also selbst die Lebensmittel weg. Ich hoffe dringend, daß die Arbeiter im Dortmund-Bezirk diesen tödlichen Streik aufgeben werden, zumal die Regierung zu Verhandlungen zu jeder Zeit bereit ist. Die norwegischen Fische können nicht eingeführt werden, weil der Verband die Erlaubnis bisher nicht gegeben hat. 200.000 Tonnen sind bereits für die menschliche Ernährung vorhanden. (Hört, hört!) Einer Kontrolle der Lebensmittelverteilung in den Gemeinden durch Arbeiterräte sehe ich durchaus humanitisch gegenüber.

Ich habe die Hoffnung, daß wir auf Grund der uns von dem Verband zugesagten Einfuhr bis zur neuen Ernte durchkommen und daß wir sogar dauernd Zuschüsse werden geben können, sowohl an Weizen wie an Fleisch und Fett, so daß für die nächste Zeit wohl eine Erleichterung unserer ganzen Ernährung zu erwarten ist. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister Braun: Man hat vermischt, daß ich der Landwirtschaft nicht auch diesmal wieder besonderen Dank ausgesprochen habe. Die Landwirtschaft sollte doch etwas befriedigender sein. Es gibt schließlich auch andere sehr wichtige Verhältnisse, die ebenfalls während des Krieges ihre volle Wichtigkeit erhalten haben und die außerdem noch im Gegensatz zur Landwirtschaft mit schweren Ernährungsfragen zu kämpfen hatten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die noch vorhandenen Düngeanlagen sollen der Landwirtschaft so schnell wie möglich zugeführt werden. Es ist dafür gesorgt, daß sie auf der Eisenbahn bevorzugt befördert werden. Leider hat sich auch auf diesem Gebiet ein bedenklicher Aufschwung und Schleichhandel herausgebildet, indem Landwirte z. B. die Ammoniakfabrikate mit Lebensmitteln beliefern. Es wird alles versucht, diesem Schleichhandel entgegenzutreten. Die Überführung des Heeresgutes an die Landwirtschaft ist infolge der überstürzten Demobilisierung leider nicht in der im Demobilisierungsplan vorgesehenen Weise möglich gewesen.

Die Propaganda gegen die Viehhandelsverbände ist mit Vorsicht aufzunehmen. Denn sie geht aus von den Interessenten. Jedenfalls wäre es ohne die Viehhandelsverbände nicht möglich gewesen, die Versorgung auch nur mit den geringsten Fleischrationen zu versorgen. Man wird ihnen besondere Überbühse vor. Gewinne sind für die Verbände vorgesehen, und ich glaube kaum, daß der frühere Viehhandel mit geringeren Prozentsätzen auskommen ist. Also die Verbraucher sind dadurch nicht mehr belastet. Die höheren Lebensmittelpreise erklären sich aus dem geringeren Risiko, das die Viehhandelsverbände infolge der Zwangswirtschaft gegenüber dem freien Handel haben. Immerhin hätte man von vornherein die Provisionen des

Viehhandelsverbände vielleicht niedriger festsetzen können. Allerdings wäre das den Verbrauchern nicht zugute gekommen. Gegen eine Unterbindung ihrer Wirtschaft habe ich natürlich nichts einzuwenden. Es sollen jetzt die Lebensmittelpreise der Viehhandelsverbände zur Förderung und zum Wiederaufbau der Viehzucht verwendet werden. Das ländliche Fortbildungswesen soll einheitlicher gestaltet und in sachlicher Beziehung ausgebaut werden. Ein Fingerzeig für die Landwirte ist die Tatsache, daß dort, wo Tarifverträge mit Landarbeitern zustandegekommen sind, es der Landwirtschaft auch nicht an Arbeitskräften fehlt. Daß die Domänen solch geregelte Arbeitsverhältnisse herbeiführen, hält ich für selbstverständlich. Um der Landwirtschaft nicht Kräfte zu entziehen, sollten frühere Landarbeiter, soweit sie noch für die Landwirtschaft tauglich sind, nicht von der Eisenbahnverwaltung eingestellt werden. Daß die Unterfunktionsverhältnisse auf dem Lande vielfach sehr schlecht sind, hat das Demobilisierungsamt festgestellt. Es kommt sogar noch vor, daß Landarbeitern wegen sozialdemokratischer Agitation gekündigt wird. (Hört, hört!) Ich warne die Arbeitgeber, in diesen alten Fehler zu verfallen. Ein solches Vorgehen ist lediglich Wasser auf die Mühlen des Bolschewismus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Durch die geplante Besiedelungspolitik werden wir hoffentlich einen mehr selbständigen Landarbeitersstand bekommen, wodurch die Klassenunterschiede auf dem Lande sich mehr vermindern werden. Die Gewährung von angemessenen Unterfunktionsräumen für die Landarbeiter ist eines der wichtigsten Mittel zur Behebung der Landarbeiternot. Auf keinen Fall darf aber eine Abhängigkeit der Landarbeiter von einzelnen Unternehmern mit der Wohnungsverwaltung verbunden sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Besiedelungsgesetzgebung sollte so beschleunigt werden, daß bestimmt noch in diesem Sommer etwas Praktisches dabei herauskommt. Darüber zu wachen, daß die Maßnahmen der Regierung genügend Sozialismus enthalten, kann Graf Rantz ruhig der Regierung und der Mehrheit dieses Hauses überlassen. In Königsberg habe ich mich lediglich gegen eine wahllose schematische Zusammenfassung von Grundbesitz gewandt.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen. Abg. Adolf Hoffmann (NS) widerspricht. Seine Partei sei nicht zu Wort gekommen. Die Mehrheit sozialistischer Zentrumsfraktionen. Ein solcher Stand sei selbst unter Reden nicht vorgekommen. Man habe einen Schlußantrag angenommen, ohne daß die Debatte eröffnet wurde. (Zuruf: Nein! Redner und zwei Minister haben gesprochen.)

Abg. Graf (Soj.): Die Freiheit nennt die Landesversammlung eine Schwachside. (Sehr richtig!) Herr Hoffmann will immer noch weiter reden. Das Volk will aber nicht Worte haben, sondern Taten sehen. Es kann nur etwas erreicht werden, wenn die Anträge möglichst schnell in die Ausschüsse geschickt werden. Sämtliche Anträge über die Ernährungsfrage und die landwirtschaftlichen Fragen werden dann einem Ausschuss von 27 Mitgliedern überwiesen. Die Debatte über das Besiedelungswesen und ein Antrag in gleichem Sinne gehen an einen besonderen Ausschuss von 27 Mitgliedern. Ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungsfragen, allen Frauen der mitberufenen Bevölkerung eine Wochenhilfe zu gewähren und die Krankenversicherung auf die Familien der Verdienenden auszuweiten, wird angenommen. Ebenso ein Antrag zur vorläufigen Regelung des Gemeindefortschritts in Schleswig-Holstein. Auf der Tagesordnung stehen noch etwa 50 Anträge der verschiedenen Art. Nach dem Beschluß des Kleinsten Ausschusses sollen diejenigen Anträge, zu denen keine Vorberatung vorliegt, den Ausschüssen überwiesen werden. Die Unabhängigen haben daraufhin zu sämtlichen Anträgen Redner gemeldet.

Abg. Adolf Hoffmann (NS) erhebt lebhaften Einspruch gegen die beschlossene Regelung. Es entspinnt sich eine dreiviertelstündige Geschäftsordnungssprache, in der Abg. Hoffmann zwölfmal das Wort erteilt wird. Schließlich werden sämtliche Anträge von der Tagesordnung abgesetzt.

Nächste Sitzung Donnerstag, 10. April, 2 Uhr: Anträge. Schluß 3 Uhr.

Die Nationalversammlung in Weimar.

Weimar, 27. März.

(Schluß.)

Abg. Bachmann (Dem.): Wir haben in der Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann nichts Unwichtiges und auch nichts Angehörliches gefunden.

den. Er hat die Demonstrationen mit Recht beurteilt. (Beifall links.) Wenn er in diese Zurückweisung eine gewisse Schärfe gelegt hat, so ist das bei der Lage, in der wir uns befinden, wohl begreiflich. (Beifall links.) Das Ausland weiß gar nicht, daß es sich bei den Demonstrationen am Sonntag um eine kleine Minderheit handelt. Darin liegt die Gefahr solcher Vorgänge. (Sehr richtig! links.) Es ist sehr genau zu prüfen, ob ein Gerichtshof die Stelle ist, vor welcher die Angelegenheit Rudendorff verhandelt werden kann.

Abg. Gaase (L. Soj.): Die Aufwandsentscheidung für den Reichspräsidenten erscheint uns reichlich hoch. Der Notetel stellt uns vor die Frage, ob wir der Regierung unter Verträgen schenken können. Die politischen Zustände sind schlimmer als in der Kriegszeit. Der Belagerungszustand herrscht in vielen Städten, und die außerordentlichen Kriegsgerichte sind an der Arbeit. Die ganze Rede Gaases ist im übrigen eine Polemik gegen die Regierung, insbesondere gegen Kossel.

Reichsminister Kossel: Wir wünschen gewiß ein gutes Verhältnis zu Russland. Russland verlangt aber von uns, daß wir vorher bolschewistisch werden. Das lehnen wir ab. Deutschland muß nach eigener Fassung fertig werden. Gegenüber den Angriffen des Vorredners möchte ich die außerordentlich verdienstvolle Tätigkeit und das besonnen und klare Urteil der Generale Maercker und Rantz lobend erwähnen. (Beifall.) Sie haben sich auf den Boden der Tatsachen gestellt. (Wachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) General von Lettow-Vorbeck hat einwandfrei nachgewiesen, daß er die ihm in den Mund gelegte Aussage nach seiner Landung in Europa nicht getan hat. (Hört, hört!) Er ist etwa anderthalb Stunden nach seinem Einzug in Berlin bei mir gewesen, und hat mir erklärt, daß er und seine Leute in Ostafrika zwar unendlich hartes Leben erdulden müßten, daß sie aber angesichts der entsetzlichen Notlage des Reiches sich unbedingt hinter die Regierung stellen wollten, um dafür zu sorgen, daß endlich Ruhe und Ordnung in unserm gequälten Land herbeigeführt werden. (Stürmischer Beifall.) Dafür habe ich dem General v. Lettow-Vorbeck gedankt, und ich wiederhole hier diesen Dank. (Erneuter stürmischer Beifall.) Während der weiteren Rede macht Frau Bieh dauernd Zurufe. Präsident Gehrenbach ruft sie zur Ordnung. Herr Gaase und seine Freunde haben die Geister gerufen, die sie jetzt zum Teil von sich abschütteln möchten. Auf ihr Haupt kommt das Blut, das vergossen worden ist. (Stürmischer Beifall und Handclatschen. Unruhe, Lärm und Rufen bei den Unabhängigen.)

Redner (D. Vp.) fordert größte Sparsamkeit bei der Aufstellung des Etats und genaueste Prüfung aller neuen Forderungen. Verwahrung müssen wir einlegen gegen die Art und gegen den Ton, wie der Ministerpräsident gesprochen hat. (Sehr richtig! rechts.)

Die Berliner Vorgänge hätten überhaupt nicht die Beachtung gefunden, die sie gefunden haben, wenn der Vorwärtssie nicht mit einem großen Aufwand von Druckerwärze zu einer machtvollen gegenrevolutionären Gegenrevolution gestempelt, und wenn der Ministerpräsident das nicht durch eine feierliche Erklärung noch besonders unterfüttert hätte. Mit ihrer Haltung gibt die Regierung zu erkennen, daß sie viel stärker unter dem Druck der Straße und der Presse steht, als es gut sein kann. Dem Gesetzentwurf über dem Staatsgerichtshof werden wir nur zustimmen können, wenn er auf der Grundlage der Gerechtigkeit beruht. Der Ministerpräsident wird mir darin um so eher zustimmen, als bei dem Wechsel der Verhältnisse heute noch niemand übersehen kann, wenn von den Machthabern es noch beabsichtigt sein könnte, vor diesen Staatsgerichtshof gezogen zu werden. (Beif. rechts.)

Scheidemanns Schlußwort.

Ministerpräsident Scheidemann: Man hat sich über meinen Ton beschwert. In Wirklichkeit hat den Herren der Inhalt meiner Rede nicht gefallen. (Beifalliger Widerspruch.) Ich soll die Vorgänge vom Sonntag aufgebauscht haben. (Sehr richtig! rechts.) Man lese nur die Deutsche Zeitung nach. Ich habe gar keinen Haß gegen Rudendorff. Wer gibt irgend jemand das Recht, so etwas zu behaupten? (Wachen rechts.) Ich bekämpfe nur die politische Rolle, die einzelne dieser Herren spielen. Das ist meine Pflicht. (Zustimmung links.) Auch mein Wort vom genialen Hahndeur war keine Beschimpfung. (Widerstand rechts.) Ich habe dieses Wort von ihm selber entlehnt. (Stürmischer Widerspruch rechts.) In dieser Art des Widerspruchs liegt eine gewisse Dreifaltigkeit, um den Gegner zu verblüffen. (Lärm rechts.) Ich habe auch die Offiziere nicht bekämpft, sondern immer nur von einem Teil der Offiziere gesprochen. In meiner Rede steht überhaupt nichts, was zu irgend einem Vorwurf berechtigen könnte. (Wachen rechts.) Wir haben vielfach nicht danach geschaut, einen Sündenbock vor den Staatsgerichtshof zu schleppen. General Rudendorff hat den Gerichtshof ja selber verlangt. Wir hatten uns mit der Frage längst beschäftigt, nach den Vorformulieren vom Sonntag aber haben wir

